

Ökolumne

Der Kohleausstieg

Die Kohleverbrennung ist mit ihrem Anteil von einem Drittel an den gesamten globalen CO₂-Emissionen (und einem Viertel aller Treibhausgasemissionen) der wichtigste Treiber des Klimawandels. Anlässlich der Weltklimakonferenz Ende 2017 schlossen sich 18 Staaten, darunter Großbritannien, Kanada und Frankreich, zu einer Allianz für den Kohleausstieg zusammen. Die Hälfte aller Mitgliedstaaten der EU ist dabei. Deutschland fehlt, denn diese Staaten wollen bis spätestens 2030 aus der Kohleverbrennung aussteigen.

Bei der Verbrennung von Braunkohle entstehen doppelt so hohe CO₂-Emissionen wie bei der Verbrennung von Erdgas. Für Steinkohle liegt der Emissionsfaktor dazwischen. Der Ausstieg aus der deutschen Steinkohleförderung wurde von der EU bereits vor mehr als zehn Jahren erzwungen, weil Brüssel die Milliarden-Subventionen für die teure deutsche Steinkohle nicht länger akzeptierte. Die Braunkohleförderung im Tagebau ging weiter. In Deutschland wird mehr Braunkohle gefördert und verbrannt als in China, etwa 2,5mal so viel wie in Russland oder in den USA. Die Braunkohlevorräte würden bei konstanter Förderung noch über 20 Jahre reichen. Ab Oktober will RWE nun den Hambacher Wald bei Köln roden und damit neue Flächen für den Kohleabbau erschließen.

Deutschland importiert jährlich mehr als 50 Mio t Steinkohle zur Stromerzeugung. Russland gehört nicht nur zu den Hauptlieferländern Deutschlands beim Erdgas, sondern ist auch der größte Kohlelieferant für Deutschland. Aktuell bezieht Deutschland rund 70% seiner Primärenergie aus dem Ausland. Mehr erneuerbare Energie, mehr Energieeffizienz und ein schrittweiser Ausstieg aus der Kohleverstromung dienen auch der langfristigen Versorgungssicherheit.

Um einen Ausstieg aus der Kohleverbrennung in Deutschland auf den Weg zu bringen, wurde nun eine „Kohlekommission“ gegründet. Bis Ende 2019 soll ein Klimaschutzgesetz entstehen. Die Wirtschafts- und Energieminister von 6 Bundesländern haben sich aber bereits gegen eine vorzeitige Beendigung der Kohleverstromung ausgesprochen, so daß eine Einigung wohl nicht möglich ist. Die AfD fordert offen die Beendigung der Energiewende und die CDU/SPD-Regierung tut praktisch alles, um sie abzuwürgen. Die deutschen Kohlekraftwerke tragen immer noch fast 40% zur deutschen Stromerzeugung bei. Mit 31% der in der EU installierten Kohlekraftwerksleistung (49 GW) ist Deutschland der führende Kohlekraftwerkbetreiber, gefolgt von Polen mit 18% (29 GW) sowie Tschechien mit 6%(9 GW). Die Energieerzeugung aus Windkraft und Photovoltaik ist inzwischen wirtschaftlicher als die Kohleverbrennung.

Die EU-Kommission verschärfte im Sommer 2017 nach harten Auseinandersetzungen mit den Lobbyisten der Kohlewirtschaft die Schadstoffgrenzwerte für Stickoxide, Schwefeldioxid, Feinstaub und Quecksilber. Die große Mehrzahl der deutschen Braunkohlekraftwerke verfehlt die neuen Grenzwerte. Um sie einzuhalten, müssten technische Nachrüstungen vorgenommen werden. Allerdings hat die Bundesregierung bisher diese neue EU-Richtlinie immer noch nicht in deutsches Recht umgesetzt.

Kohlestrom bleibt nur profitabel, so lange der Kohle im heutigen Strommarkt die Umweltschäden nicht angemessen angelastet werden. Das UBA errechnete Ende 2017

für die externen Umweltkosten der nationalen Kohleverstromung durch Treibhausgase und Luftschadstoffe für das Jahr 2016 etwa 46 Milliarden Euro. Nach einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) würde der Ausstieg aus der deutschen Braunkohle jährliche Klima- und Gesundheitskosten sowie staatliche Subventionen und Vergünstigungen von 28 Milliarden Euro einsparen.

Der Kohlestrom belegt Leitungskapazitäten der Stromnetze, die für neue Wind- und PV-Anlagen benötigt werden. Damit blockiert die Kohlestromerzeugung den Ausbau von Erneuerbare-Energien-Anlagen. Das gesamte Stromnetz in Deutschland muß flexibler werden. Eine zukunftsfähige Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien muß für die Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität sorgen und den Einsatz von Energiespeichern ausbauen.